

Frauentag mit Rosa Luxemburg

In ihrem Sinne kämpfen wir für gleiche Rechte aller Frauen



vorn Mitte Hans Hübner, Kunstsammler und Genosse aus Marzahn, neben unserem Direktkandidaten für die Bundestagswahl
Foto: F. Kruse

Frauentag ja? Frauentag nein? Diese Frage lässt sich nach der tollen Lesung und Ausstellungseröffnung am 7. März in der Geschäftsstelle DER LINKEN leicht mit „Ja“ beantworten. Anlässlich des 102. Internationalen Frauentages erinnerten sich Frauen und Männer an Rosa Luxemburg - eine große, kleine Frau, mit so vielen unterschiedlichen Facetten, dass wohl jeder an diesem Abend wieder neu fasziniert war. Messerscharfer Verstand, romantische, leidenschaftliche Liebe und unendliches Mitgefühl für ihr nahe stehende Frauen und Männer - all das spiegelten die Briefe, aus denen Ursel Degner und Gerhard

Semper wundervoll lasen, und die Exponate der neuen Ausstellung „Rosa Luxemburg in Kunst, Karikatur und Plakat“ wieder. Die Ausstellung verdanken wir erneut Hans Hübner, einem Kunstsammler und Genossen aus Marzahn. Seine leidenschaftlichen Worte zu den Exponaten zogen die Anwesenden unwillkürlich in den Bann dieser mutigen und doch so zerbrechlichen Frau. Regelmäßig um den 8. März beginnen die Diskussionen über den Sinn des Internationalen Frauentages. Solange Frauen häufig in Minijobs oder unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, solange Frauen zu niedrigeren Löhnen als Män-

ner arbeiten, brauchen wir diesen Tag. Im Schnitt haben Frauen für 22 Prozent weniger Lohn als Männer, dadurch auch eine geringere Rente. Wir brauchen diesen Tag nicht, um uns einmal von den Männern bedienen zu lassen, sondern um auf all diese Ungerechtigkeiten aufmerksam zu machen und in Fortführung des Kampfes von Frauen wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg diese frauenfeindlichen Bedingungen zu verändern.
A. Kruse

Die Ausstellung ist bis **17. Mai 2013** während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle zu besichtigen.

Gesundheit ist keine Ware!

Kommerzialisierung des Gesundheitssystems entgegentreten

Jeder wird einmal krank und ist auf ärztliche Hilfe angewiesen. Doch auch Ärzte müssen und sollen für Ihre Tätigkeit angemessen bezahlt werden. Umso wichtiger ist es, dass Gesundheit als unverkäufliches Menschenrecht verstanden wird, mit dem nicht wie mit einer Ware gehandelt wird. Unser Sozialversicherungssystem bietet hierfür gute Ansätze, weil es grundsätzlich auf das Sachleistungsprinzip für die Versicherten abstellt und nicht auf ein Kostenerstattungsprinzip zwischen Patienten und Arzt einerseits und Patienten und Krankenversicherung andererseits setzt. Ein Patient bekommt vom Arzt gegenwärtig grundsätzlich nicht die Rechnung für die an ihm erbrachten ärztlichen Leistungen, sondern der Arzt rechnet diese Leistungen unmittelbar mit der Krankenkasse ab. Leider gibt es immer wieder Angriffe auf dieses Gesundheitssystem, um dieses weiter zu kommerzialisieren. Die Marktorientiertheit des Gesundheitssystems wurde durch die Gesetzgebung der letzten Jahre immer mehr verstärkt. Den Patienten sollte über die Praxisgebühr bewusst gemacht werden, dass der Arztbesuch nicht zum Nulltarif zu haben sei. Gerade Bürger mit geringen Einkommen konnten sich daher den Arztbesuch nicht mehr leisten. Deshalb forderte DIE LINKE zu Recht, dass die Praxisgebühr wegfallen muss. Patienten werden nunmehr von Ärzten in 4 Klassen eingeteilt. Es sollte hierbei beruhigen, dass

immer noch der Kassenpatient die beste gesundheitliche Versorgung genießen kann. Nur stimmt dies leider nicht ganz, denn er genießt nur dann die bestmögliche gesundheitliche Versorgung, wenn er zusätzliche individuelle Gesundheitsleistungen ebenfalls bezahlen kann. So ist die Augen- druckmessung eine individuelle Gesundheitsleistung. Aber mit ihr kann man nur erkennen, ob der Patient an grauen Star leidet, wer diese Messung sich nicht leisten kann, droht zu erblinden. Es ist auch ein Irrglaube, dass Privatpatienten besser behandelt würden, als gesetzlich versicherte Patienten, denn dies trifft nur zu, wenn sich der Privat versicherte die teuren Versicherungsprämien auch leisten kann. Wer hingegen zum Basistarif oder gar zum halben Basistarif bei Bezug

von Grundsicherung in einer privaten Krankenversicherung versichert ist, hat sogar schlechtere Gesundheitsleistungen zu erwarten, als der Kassenpatient, der sich keine individuellen Gesundheitsleistungen leisten kann. Es ist daher auch wichtig, dass Patienten ihre Rechte kennen, die Anfang des Jahres im Patientenrechtgesetz neu geregelt wurden. Ich freue mich daher, dass wir im März Rechtsanwalt Gerd Klier für das Ein-Euro-Frühstück gewinnen konnten, um die Neuregelungen der Patientenrechte zu skizzieren. DIE LINKE wird auch weiterhin der zunehmenden Kommerzialisierung des Gesundheitssystems entgegentreten und dafür sorgen, dass Gesundheit für jeden ein unverkäufliches Menschenrecht bleibt.

Michael Elte



v.l. Patrick Zechel und Ralf Wunderlich führen das Stück „Patient zweiter Klasse“ im November 2010 auf dem Marktplatz in Fürstenberg auf.

Foto: Maik Hollubetz

FrühLINKSempfang

Mit dem Frühling auf den Wahlkampf eingestimmt

Bei Live-Akkordeon-Musik von Eugen Schwabauer und einem leckeren kleinen Buffet des Arbeitslosenservice Oranienburg ließ es sich der Kreisverband der LINKEN Oberhavel nicht nehmen, den Frühling einzuläuten. Bei einem Blick nach draußen wollten zwar noch keine Frühlingsgefühle aufkommen. Trotzdem waren Vertreterinnen und Vertreter von Vereinen und Verbänden, aus der Kommunalpolitik sowie zahlreiche Genossinnen und Genossen gekommen. Kreisvorsitzende Gerit Große begrüßte außerdem den Bundestagskandidaten Harald Petzold, den brandenburgischen Finanzminister Helmuth Markov und den Bundestagsabgeordneten Thomas Nord. Während Harald Petzold die Energiepolitik der Bundesregierung kritisierte und auch gleich mit dem Frühling auf den Wahlkampf einstimmte, wies

der Finanzminister auf Erfolge und auch finanzielle Zwänge der

Brandenburgischen rot-roten Regierung hin. S. Rose



Mehr als 50 Gäste folgten der Einladung der Oberhaveler LINKEN zum FrühLINKSempfang. Die Kolleginnen und Kollegen der regionalen Presse fanden nicht die Zeit für eine Berichterstattung unserer Veranstaltung. Mittendrin Helmuth Markov, Finanzminister und stellv. Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Foto: R. Wunderlich



Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN in Glienicke, Prof. Dr. Ernst-Günter Giessmann, überreicht zum 8. März eine rote Rose im „Werkmarkt Glienicke“. Foto: H. Czitrich-Stahl



Die LINKE. Kremmen beteiligte sich am 9. März 2013 an der Aktion „In jeder Stadt ein Infostand - Unser Land in linker Hand?“ und verteilten Blumengrüße. Ein Bericht zur verlorene Wette unter www.linksdemokraten.de. Foto: privat

Ostermarsch 2013 in Berlin

1913 enthüllte Liebknecht Reichskriegsrüstungsgeschäfte

Auch in diesem Jahr führt die Friedensbewegung an den Ostertagen wieder die traditionellen Ostermärsche durch. Die Friedensaktion in Berlin beginnt am Sonnabend, d. 30. März 2013, um 12 Uhr am Potsdamer Platz und führt anschließend zum Bundeskanzleramt. Unter dem Motto »Es ist an der Zeit: Sagt NEIN!« wird zur Teilnahme aufgerufen:



gegen die Anschaffung von bewaffneten Drohnen für die Bundeswehr,



für die Abschaffung aller Atomwaffen,



für den sofortigen und bedingungslosen Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan,



für den Abzug der Patriot-Raketen aus der Türkei,



gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr und eine deutsche Beteiligung an Kriegen oder Interventionen gegen Syrien, Mali und Iran,



für eine friedliche und gerechte Lösung des Palästina-Konfliktes,



für ein Verbot von Waffenexporten,



gegen die Militarisierung der Gesellschaft,



für die Auflösung der NATO und gegen militärische Einsätze der EU.

Die Ostermärsche besitzen eine

Tradition, die bis in die sechziger Jahre der Bundesrepublik Deutschland zurückreicht. Von der britischen Friedensbewegung ausgehend, organisierten Aktivistinnen und Aktivisten wie Konrad Tempel, Helga Stolle und Andreas Buro die ersten Ostermärsche, die ihre Mobilisierungshöhepunkte in den Jahren um 1967/68 und während der Auseinandersetzungen um die Stationierung US-amerikanischer Atomraketen vom Typ Pershing II und Cruise Missile in Mitteleuropa von 1980 bis 1985 besaßen. In Brandenburg kam der endlich erfolgreiche Kampf gegen das „Bombodrom“ in der Kyritz-Wittstocker Heide hinzu und bewies, dass langer Atem zu Erfolgen führt. Man muss jedoch stets wachsam bleiben, weil der militärisch-industrielle-Komplex immer nach Wegen sucht, Rüstungsproduktion voran zu treiben und mit dem Tod Profite zu machen. Das verdeutlicht ein kurzer historischer Rückblick auf das Jahr 1913.

Inmitten der beiden Balkankriege von 1912/13 recherchierte Karl Liebknecht auf den Spuren der deutschen Waffenschmieden und ihrer Verbindungen mit der Reichsregierung. Ihm waren Geheimberichte des Krupp-Konzerns zugespielt worden, aus denen hervorging, dass des Kaisers Waffenfabrik Nummer eins gezielt preußische Beamte bestochen hatte, um an militärische Planungsinformationen zu gelangen. Liebknecht verlangte vom preußischen Kriegsminister

eine rücksichtslose Aufklärung. Dessen Ermittlungen bestätigten Liebknechts Informationen in vollem Maße, die Staatsanwaltschaft verfasste lediglich eine butterweiche Anklage. Die SPD trug diesen Skandal an die Öffentlichkeit. Die Sozialdemokratie Groß-Berlins organisierte währenddessen am 6. April 1913 60 Versammlungen gegen die Aufrüstung und die wachsende Kriegsgefahr. Karl Liebknecht wiederum hielt am 18. April 1913 eine Enthüllungssprache im Reichstag, in der er anhand der Geheimdokumente die Verbindungen zwischen Regierung und Rüstungsindustrie aufdeckte und die Verstaatlichung dieser profitträchtigen Branche forderte. Liebknecht, von Georg Ledebour und Arthur Stadthagen unterstützt, beschrieb die Rüstungsindustrie als diejenigen, „deren Interesse und deren Nahrung der Völkerunfriede, der Völkerzwist, der Krieg ist“, und betonte „Das Vaterland ist in Gefahr! Es ist aber nicht in Gefahr vor dem äußeren Feinde, sondern vor jenen gefährlichen inneren Feinden, vor allem vor der internationalen Rüstungsindustrie.“ Dies zwang das Parlament zur Einsetzung einer Untersuchungskommission. Wie sehr Liebknechts Worte berechtigt waren, zeigte sich im Sommer 1914, als nach dem Attentat von Sarajevo und der „Juli-Krise“ besonders das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn zum Krieg trieben, der am 1. August 1914 ausbrach.

H. Czitrich-Stahl

Landesliste aufgestellt

„Keine Angst vor den Silberrücken“

Noch gut sechs Monate verbleiben bis wir wieder an die Wahlurne treten. Die Vertreterinnen und Vertreter der brandenburgischen LINKEN kamen deshalb am 2. März 2013 in Potsdam zusammen um dort ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundestagswahlen zu küren. Zehn Listenplätze galt es zu besetzen. Im Vorfeld hatten Landesvorstand und Landesausschuss gemeinsam getagt um Empfehlungen für die ersten sechs Plätze vorzuschlagen.

Zu Beginn der Veranstaltung sprachen der Landesvorsitzende, Stefan Ludwig, und Matthias Höhn, Bundesgeschäftsführer, und stimmten auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag ein. „Die anderen Parteien schreiben von uns ab! Gut! Wir wollten ja die Politik der anderen verändern!“ sagte Matthias Höhn und verdeutlichte, dass DIE LINKE auch aus der Opposition heraus Einfluss auf die anderen Parteien genommen hat. Erste Schritte in die richtige Richtung - hin zu einer sozialeren Politik.

Diana Golze bezog sich in ihrer Rede auf eine Umfrage, die bestätigte, dass eine sozialere Politik dringend nötig ist, wenn 64 Prozent der Befragten finden, dass die soziale Gerechtigkeit in Deutschland abgenommen hat. Das begegnet ihr auch regelmäßig in ihrer Arbeit als Bundestagsabgeordnete in ihren Fachgebieten Kinder- und Jugendpolitik. „Ich habe keine Angst vor den Silberrücken der politischen Konkurrenz!“ So beendete sie kämpferisch ihre Rede



Unsere Delegierten für die Vertreterinnenkonferenz in Potsdam v.li.: Gerrit Große, Ralf Wunderlich, Enrico Rossius, Stefanie Rose und Ursel Degner. Nicht auf dem Foto aber da: Marian Przybilla.

Foto: Genosse auf der Vertreterinnenkonferenz

und wurde anschließend mit 95,1 Prozent zur Spitzenkandidatin gekürt. Auf die Listenplätze zwei und drei wählten die Delegierten Thomas Nord und Kirsten Tackmann, die - wie Diana Golze - aktuell für DIE LINKE und für Brandenburg im Bundestag sitzen. Für Platz vier auf der Landesliste

gab es drei Kandidaten: Harald Petzold, Norbert Müller und Matthias Mnich. Während der Landesvorstand auf der vorangegangenen Sitzung in seiner Empfehlung mehrheitlich für Harald Petzold votierte, gab es im Landesausschuss kein eindeutiges Ergebnis, sondern etwa gleiche Stimmenanteile für alle drei Kandidaten. Ähnlich spiegelte sich dies in der

VertreterInnenversammlung wider. Nach einer Stichwahl konnte sich dann jedoch Harald Petzold für Platz vier durchsetzen. Er geht für unseren Wahlkreis Oberhavel-Havelland II ins Rennen.

Birgit Wöllert, Landtagsabgeordnete, steht auf Platz fünf der Liste. Es folgen ihr Norbert Müller auf sechs, Sabine Stüber auf sieben, Steffen Kühne, Jutta Vogel und Matthias Mnich auf den Plätzen acht bis zehn.

Die genauen Wahlergebnisse, einige Reden und Eindrücke von der VertreterInnenversammlung können unter www.dielinke-brandenburg.de nachgelesen und angeschaut werden.

S. Rose

**Harald Petzold
auf Platz 4 der
Brandenburger
Landesliste ge-
wählt!**

Aus dem Kreistag

Abgeordnete Klempnow droht mit Mandatsrückgabe

Der Kreistag begann eher unspektakulär mit der Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffen am Amtsgericht Zehdenick, der Wahl ehrenamtlicher Richterinnen/Richter beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg und der Wahl ehrenamtlicher Richterinnen/Richter beim Verwaltungsgericht Potsdam. Dennoch waren die Besucherplätze auf Grund dieser Wahlen bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Einwohnerfragestunde wurde dann von einem jungen Mann aus Hennigsdorf, namens Steve Schmidt, genutzt, der sich um das OSZ Zehdenick sorgte und vom Kreistag wissen wollte, was der Landrat gegen die Abwanderung junger Menschen aus dem Nordkreis machen möchte. Durch alle Fraktionen wurde dem Fragesteller Sympathie entgegen gebracht und seine Äußerungen beklatscht, was sonst nicht der Fall ist. B`90/Die Grünen lud ihn sogar zur Fraktionssitzung ein. Wie sich hinterher herausstellte, ist Steve Schmidt nach Aussagen der hiesigen Antifa Mitglied der NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten. „Alle Kommunalpolitiker müssen einfach genauer hinschauen, wer da die Fragen stellt.“ so Ralf Wunderlich, Kreiswahlkampfleiter der LINKEN Oberhavel. „Verhindern, dass Rechtsextreme die Einwohnerfragestunde für sich als Plattform nutzen, können wir nicht.“, sagte er weiter. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Überprüfung der Abgeordneten auf Mitarbeit

beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Wie bereits lange bekannt war, hat Sonja Siebert zu DDR-Zeiten mit dem MfS kooperiert. Eigentlich sollte Sonja Sieberts Zusammenarbeit mit dem MfS erst im Nichtöffentlichen Teil ausgewertet werden. Bereits Tage zuvor waren aber Kommentare von Mitgliedern des Bewertungsausschusses - der ja nichtöffentlich tagte - in den Medien zu lesen. Wer diese Informationen weitergegeben hat, ist bisher nicht bekannt. Im Vorfeld der Sitzung hat sich auch der Kreisverband in einer Erklärung zu Wort gemeldet und erklärt: „Sonja Siebert war nicht als inoffizielle, sondern als gesellschaftliche Mitarbeiterin für Sicherheit (GMS) tätig. Sie hatte die Gremien der Partei DIE LINKE, vormals PDS, von ihrem dienstlichen Kontakt zum MfS als GMS informiert. Seit 1990, seit der ersten Wahlperiode also, waren ihre Kontakte zum MfS bekannt und wurden auch medial widerspiegelt. Von einer Wählertäuschung kann demzufolge keine Rede sein.“

Sonja Siebert hat seitdem 22 Jahre lang als Gemeindevertreterin und in mehreren Wahlperioden als Kreistagsabgeordnete an der Gestaltung des demokratischen Gemeinwesens mitgewirkt. Diese 22 Jahre sollten bei der Bewertung ihrer Lebensleistung genauso einbezogen werden, wie die differenzierte Sicht auf ihre GMS-Tätigkeit. Sonja Siebert hat dem Kreisvorstand mitgeteilt, dass sie den Vorsitz des Polizeibeira-



Sonja Siebert (DIE LINKE)

Foto: www.dielinke-oberhavel.de

tes niederlegen wird, um keinen Anlass für die Arbeitsunfähigkeit dieses Gremiums zu geben. Diese Entscheidung verdient den Respekt des Kreisvorstandes der Partei DIE LINKE. Oberhavel.“ Der öffentliche Teil des Kreistages war schon fast zu Ende, da trat Marita Klempnow von der Fraktion Grüne/FWO ans Mikro und forderte Sonja Siebert auf, ihr Mandat abzugeben und drohte gleichzeitig damit, andernfalls ihr Mandat niederzulegen. „Wir haben eine klare Beschlusslage in der Partei und müssen die Vergangenheit offenlegen. Daran hat sich Sonja Siebert gehalten. Die Wähler kannten den Lebenslauf und haben sie trotzdem gewählt. Eine Mandatrückgabe verbietet sich nach meinem Demokratieverständnis“, sagte Wunderlich weiter. Ihre Erklärung finden Sie auf unserer Webseite unter www.dielinke-oberhavel.de RR

Aus den Ortsverbänden

DIE LINKE. Hohen Neuendorf mit neuem Vorstand

DIE LINKE in Hohen Neuendorf hat turnusgemäß einen neuen Vorstand gewählt. Gewählt wurden mit großer Mehrheit wurden Dr. Sylvia Stelz, Ullrich Richter, Gerhard Valtin, Joachim Siebmann und Lukas Lüdtkke. Ullrich Richter wurde als Vorsitzender des Stadtverbandes einstimmig bestätigt. Neue Stellvertreterin ist Dr. Sylvia Stelz, die seit einiger Zeit in Bergfelde lebt und bis 2011 die Linksfraktion in Berlin-Neukölln geleitet hat. Das Hauptaugenmerk des neuen Vorstandes wird in den nächsten Monaten auf dem Bundestagswahlkampf liegen. „Wir wollen so nah wie möglich an unser Ergebnis von 2009 herankommen!“, beschreibt Ullrich Richter das Wahlziel. Der Stadtverband diskutierte auch aktuelle lokalpolitische Ereignisse. Der Beschluss, die Eisenbahnunterführung in der Karl-Marx-Straße für mindestens 5 Millionen Euro aufzuweiten, wurde stark



Der neue Vorstand v.l.: Lukas Lüdtkke, Dr. Sylvia Stelz, Ullrich Richter, Gerhard Valtin und Joachim Siebmann. Foto: www.dielinke-hn.de

kritisiert. Das Geld könne besser eingesetzt werden, beispielsweise als Startkapital für eine Kommunale Wohnungsbaugesellschaft. Lukas Lüdtkke, Fraktionsvorsitzender der LINKEN, bekräftigte die Ablehnung einer Straßenverbreiterung um jeden Preis: „Dass einige

Stadtverordnete dafür offenbar sogar Kredite aufnehmen wollen, ist verantwortungslos. Soweit darf es nicht kommen – das bedeutet aber auch, dass andere Investitionen nun hinten an stehen müssen.“ *RR*

Danke an Isolde Thoß

Geschäftsstelle Gransee wird Ende Juni geschlossen

Nach reichlicher Überlegung hat sich der Kreisvorstand im Einvernehmen mit den Genossinnen und Genossen aus Gransee dazu entschlossen, die Geschäftsstelle in der Meseberger Straße zur Jahresmitte zu schließen. Zuletzt wurde die Geschäftsstelle nur noch für BO Versammlungen genutzt. Diese finden nun im Heimatmu-

seum statt. Bürger besuchten uns an diesem Ort auch nicht mehr. Ich möchte mich bei Isolde Thoß recht herzlich bedanken. Sie hat viele Jahre als Geschäftsstellenleiterin die Öffnungszeiten, die Personalplanung und die Finanzen im Nordkreis gemanagt. Ein großes Dankeschön geht auch an alle Genossinnen und Genossen,

die dort über viele Jahre den Geschäftsstellendienst verrichteten. Eine große Kraftanstrengung wird nun die Beräumung und die Instandsetzung sein. Bitte meldet euch bei Isolde oder mir wenn ihr malern oder ausräumen wollt.

Ralf Wunderlich
Kreisgeschäftsführer

Nordbahngemeinden: Gemeinsamer Abwasserzweckverband

Zusammenarbeit statt Privatisierung

Die Parlamente der Nordbahngemeinden Glienicke, Mühlentor, Birkenwerder und Hohen Neuendorf beauftragten Ende des Jahres 2010 ihre Verwaltungen mit der Erstellung eines gemeinsamen Gutachtens, das die Möglichkeiten der gemeinschaftlichen Erledigung der Abwasserbeseitigung und Wasserversorgung untersucht. Das Ziel war klar definiert: Es galt, eine Organisationsform ohne Beteiligung privater Dritter zu finden, um eine Privatisierung zu verhindern und dabei die bestehenden Rahmenbedingungen in der Region zu berücksichtigen.

Es wurde eine Arbeitsgemeinschaft aus einem Rechtsanwaltsbüro und einer Unternehmensberatungsgesellschaft mit einer Studie beauftragt, die sie erarbeitet und den Vertretern der Gemeinden vorgestellt haben. Daran nahmen regelmäßig Vertreter aller Fraktionen aus den einzelnen Gemeinden teil. Nach Darstellung der Varianten entschieden sich die Kommunen für den Beitritt der Stadt Hohen Neuendorf und der Gemeinde Glienicke in den bestehenden Zweckverband Fließtal.

Bereits in der ersten Phase der Bearbeitung hat sich gezeigt, dass eine Einbeziehung des Trinkwasserbereiches wegen der Beteiligung der Berliner Wasserbetriebe, auch wenn diese demnächst wieder kommunal sein werden, sehr problematisch ist. Deshalb wurde der Bereich Trinkwasser fortan nicht mehr betrachtet und

das Hauptaugenmerk auf die gemeinsame Abwasserentsorgung gelegt. Die nunmehr vorliegende Optimierungsstudie „Neustrukturierung der interkommunalen Zusammenarbeit“ enthält ein dazu empfohlenes Umsetzungskonzept sowie einen Maßnahmenplan und ist in verschiedene Phasen und Komplexe gegliedert. Dazu zählen die Schaffung der rechtlichen, betriebswirtschaftlichen, organisatorischen, personellen Rahmenbedingungen und die Anpassung der IT-Infrastruktur.

Zur Schaffung der rechtlichen Rahmenbedingungen ist zunächst ein eindeutiges Signal in Form eines Beschlusses, erforderlich. Dieser muss die Bereitschaft zur Gründung eines gemeinsamen Zweckverbandes für den Abwasserbereich durch den Beitritt Hohen Neuendorfs und Glienicke signalisieren. Im Anschluss gilt es, die Einzelheiten der Vermögensübertragung und anderer Rechte und Pflichten in Form einer Beitrittsvereinbarung zu erarbeiten, die Kalkulationsgrundsätze für eine neue Gebührensatzung zu erarbeiten sowie sich auf einen Text zur Änderung der Verbandsatzung zu einigen und Parlamenten zur Beschlussfassung vorzulegen. Diese Aufgabe soll durch eine von den beteiligten Kommunen paritätisch besetzte Arbeitsgruppe, welche bereits gebildet wurde, wahrgenommen werden.

Die Entscheidungsebene eines Zweckverbandes beschränkt sich im Idealfall auf das im Gesetz über kommunale Gemeinschafts-



Foto: R. Wunderlich

arbeit vorgeschriebene Organe einer Verbandsversammlung dessen Kompetenzen gesetzlich festgelegt sind. Innerhalb der Vorbereitungen kamen die Vertreter der beteiligten Gemeinden zu dem Ergebnis, dass der Verband durch einen Verbandsvorsteher in hauptamtlicher Tätigkeit geleitet werden sollte.

Als wesentlicher Faktor für das Funktionieren des Zweckverbandes wird ein gemeinsamer Standort gesehen. Aufgrund der Verfügbarkeit räumlicher Kapazitäten und des Bekanntheitsgrades, insbesondere bei den Wasserkunden, bietet sich der Standort der Wasser Nord GmbH & Co. KG in Hohen Neuendorf an, zumal diese bereits jetzt für die Wasserversorgung in den Nordbahngemeinden zuständig ist. Hier könnten die vertraglichen Voraussetzungen geschaffen und die erforderlichen Arbeitsplätze eingerichtet werden. Die Bereitschaft des Unternehmens wäre unproblematisch zu erreichen, da die betreffenden Gemeinden die Hauptgesellschaft der Wasser Nord sind.

L. Lüdtko

Protest gegen Pro Deutschland

In Hennigsdorf ist kein Platz für rechte Hetze!

Am 7. März wollten die Rechtspopulisten von Pro Deutschland in Hennigsdorf Unterschriften sammeln, um zur Bundestagswahl zugelassen zu werden. In kürzester Zeit ist es linken Kräften aus dem Südkreis gelungen, mit über 40 Leuten gegen die Pro Deutschlandaktion mobil zu machen. Am 14. März leisteten Aktivistinnen Widerstand. Danke an die Hennigsdorfer LINKE, die an den Aktionen maßgeblich beteiligt war. Auch in den kommenden Wochen werden die Rechtspopulisten ihre Hetze verbreiten. Fast unbemerkt sammeln sie seit einigen Wochen montags in Oranienburg Unterschriften. Auch hier sind Mitglieder der LINKEN und andere Kräfte zum Widerstand aufgerufen! Am 18. März stand der Stadtvor-



Mehr als 40 Menschen protestierten am 7. März gegen die Rechtspopulisten von Pro-Deutschland in Hennigsdorf.

Foto: Sören Kohlhuber

sitzende, Enrico Rossius, noch allein und verteilte Broschüren und

informierte Passanten über Pro-Deutschland. RR

Kurzinfo von der Landesausschuss-Sitzung in Potsdam

Am 16. Februar 2013 tagte der Landesausschuss gemeinsam mit dem Landesvorstand der LINKEN Brandenburg. An der Sitzung nahm auch Gen. Züge teil. Sein Bericht erreichte uns erst nach der Fertigstellung unserer Februarausgabe. Den vollständigen Bericht haben wir auf unserer Internetseite veröffentlicht. Hier nun nur einige Zitate aus seinem Bericht: „Zunächst wurde nach kurzer Diskussion der Finanzplan des Landesvorstandes für das Kalenderjahr 2013 beschlossen. Sehr zeitintensiv, aber auch inhaltsreich verlief dann die Er-

arbeitung eines Vorschlags für die Besetzung der ersten sechs Listenplätze der Landesliste der LINKEN Brandenburg zu den Bundestagswahlen in einem nichtöffentlichen Teil der Sitzung. Der im Ergebnis erstellte Vorschlag wird der VertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste als Empfehlung von Landesvorstand und Landesausschuss vorgelegt“ ... „Im darauf folgenden öffentlichen Teil der Sitzung erhielt der Landesausschuss eine umfangreiche Information zur Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Debatte zum Leitbildentwurf

des Landesverbandes Brandenburg. ... Der Landesvorstand empfiehlt den Kreisverbänden, sich einen Schwerpunkt mit regionalem Bezug herauszusuchen und inhaltlich zu bearbeiten. Eine Reihe von Fachkonferenzen wird die Debatte inhaltlich begleiten, die Endredaktion des Leitbildes ist für Juli des Jahres vorgesehen.

Eine weitere Information und Diskussion zum Thema „Neugründung einer Hochschule in der Lausitz“ beschloss die Veranstaltung.“

R. Wunderlich

Rot-rot stimmt ÖPP zu

Zum weiteren Umgang mit dem Projekt Regierungsneubau

Liebe Genossinnen und Genossen, am heutigen Tag hat sich der Haushaltsausschuss des Landtages mit den Stimmen der rot-roten Koalition für die Fortführung des Neubaus eines Bürokomplexes am Regierungsstandort Henning-von-Tresckow-Straße im Rahmen eines Öffentlich-Private-Partnerschafts-Modells (ÖPP) ausgesprochen.

In mehreren Fraktionssitzungen sowie in gemeinsamen Sitzungen des Fraktionsvorstandes mit dem geschäftsführenden Landesvorstand wurde dieses Thema sehr ausführlich und kontrovers diskutiert. Es bestand und besteht Einigkeit mit den Positionen der Bundespartei, dass neue ÖPP-Projekte auch in Brandenburg politisch durch uns abgelehnt werden. Auch deshalb hat sich der geschäftsführende Landesvorstand dafür ausgesprochen, dass sich unsere Mitglieder im Koalitionsausschuss dafür einsetzen, dass in Brandenburg keine weiteren ÖPP-Projekte gestartet werden. Im Koalitionsausschuss hat der Koalitionspartner dem auch zugestimmt. Dies fand auch Niederschlag im gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen in der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses; diesen dokumentieren wir in der Anlage.

Landtagsfraktion und geschäftsführender Landesvorstand haben sich mehrheitlich dazu durchgerungen, den 2007 mit einem Landtagsbeschluss eingeleiteten und jetzt mit dem Bieterverfahren abgeschlossenen Vorgang

nicht rückwirkend wieder aufzumachen. Grundlage dafür waren die Ergebnisse des dazu stattgefundenen Bieterverfahrens und die Prüfung durch das Ministerium der Finanzen. Im Ergebnis dieser Prüfung wurde deutlich, dass schwerwiegende Kosten und Folgewirkungen beim Stopp des Projektes für das Land Brandenburg entstünden.

Dies wären im Einzelnen:

1.) Das durch das Ministerium der Finanzen vorgelegte Prüfungsergebnis zum „Neubau eines Bürokomplexes am Regierungsstandort Henning-von-Tresckow-Straße“ im Rahmen eines ÖPP-Modells geht auf einen Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2005 zurück (LT-DS 4/2110-B. Die mehrjährige Prüfung umfasste zahlreiche Risikoanalysen, Vorhabenreduzierungen und Präzisierungen und hat letztlich ergeben, dass die Realisierung des Projektes im ÖPP-Modell wirtschaftlicher wäre als der Bau in Eigenregie des Landes. Der wirtschaftliche Vorteil für das ÖPP-Modell liegt bei auf 4,2 % und somit bei fast 3,5 Mio. €. Dabei ist finanziell berücksichtigt, dass der Investor bei künftigen Vertragsverhältnissen zur Bewirtschaftung des Objektes (z.B.

mit Reinigungspersonal und Wachschatz) den Mindestlohn analog dem Brandenburgischen Vergabegesetz zu zahlen hat und dies auch vertraglich zugesichert wird.

2.) Ein Stopp des Verfahrens würde Kosten i. H. v. 2 bis 7 Mio. € verursachen, die den bislang Be-

teiligten Bietern an Aufwands- bzw. Schadenersatz zustünden. Über die genaue Höhe würde das Verhandlungsgeschick des Finanzministers entscheiden.

3.) Bei einem Neustart als Eigenbauprojekt des Landes durch ein erneutes Bieter- bzw. Ausschreibungsverfahren wäre eine Fertigstellung des Regierungsstandortes frühestens 2017/2018 möglich, die Fertigstellung würde sich demnach um mindestens zwei Jahre verzögern. Zu berücksichtigen wäre zudem, dass bei der Variante „sofortiger Eigenbau“ weitere Schadenersatzansprüche sämtlicher an dem ÖPP-Verfahren beteiligten Bieter auf das Land zukommen würden. Auch müsste der prognostizierte Finanzumfang in voller Höhe bereits in den kommenden Jahren bereitgestellt und aufgewendet werden.

4.) Weitere Folgewirkungen würden aufgrund bereits getroffener Vereinbarungen zur Nachnutzung der bisherigen Gebäude entstehen:

a) Insbesondere wäre betroffen die Erweiterung des Wissenschaftsparks. Sollte das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) das Gebäude in der Albert-Einstein-Straße nicht wie geplant 2015 räumen, könnte die Zusage der Landesregierung an das Geoforschungszentrum, das Gebäude künftig nutzen zu können, nicht eingehalten werden. Die Folge wäre, dass das Land zur Deckung des bestätigten Raumbedarfs des

weiter auf Seite 11>>

Wissenschaftsparks ein Grundstück an anderer Stelle der Stadt erwerben müsste, was zusätzlich, bislang nicht geplante Kosten verursachen würde.

b) Auch die Zusage gegenüber der Bundesimmobilienanstalt (BIMA) zur Nachnutzung der Gebäude des MUGV und des MASF in der Heinrich-Mann-Allee 103 durch die Bundespolizei ab III/2016 müsste zurückgezogen werden.

c) Der geplante Umzug der Verbraucherzentrale im vierten Quartal 2015 könnte nicht erfolgen. Dadurch entstünden dem Land Mehrkosten für Mietzahlungen.

d) Das Landesamt für Bauen und Verkehr könnte ebenfalls den geplanten Umzug nicht vollziehen, auch hier entstünden dem Land

Mehrkosten durch Mietzahlungen.

e) Die Unterbringung des Sozialgerichts Potsdam im Zusammenhang mit einem Ergänzungsbau könnte ebenfalls nicht stattfinden. Die Unterbringung müsste weiterhin an zwei Standorten verbleiben, hierzu müsste eine völlig neue Lösung gesucht werden, da am bisherigen Standort ein schlechter baulicher Zustand vorzufinden ist. Auch hier entstünden je nach zu findender Lösung weitere Mehrkosten.

Es sei hier noch einmal klar gestellt: Wir sind als LINKE prinzipiell aus vielen nachvollziehbaren Gründen gegen ÖPP-Verfahren. Auch die bisherigen Erfahrungen mit derartigen Projekten stützen

überwiegend diese Auffassung. Die Landtagsfraktion und der geschäftsführende Landesvorstand ließen sich bei der Entscheidung, das ÖPP-Projekt nicht zu stoppen, davon leiten, dass verantwortungsvolle LINKE Politik in Regierungsverantwortung neben den eigenen Positionen und Forderungen auch das Wohl des Landes im Blick haben sollte. Neben den erheblichen Mehrkosten beim Stopp dieses ÖPP-Verfahrens haben wir auch die Folgewirkungen betrachtet.

Mit solidarischen Grüßen,
Stefan Ludwig, Gerlinde Krahnert,
Andrea Johlige, Christian Görke
und Thomas Domres

Kommentar

Am 20.03.2013 abends nahm ich an der planmäßigen Telefonkonferenz der Kreisgeschäftsführer teil. Andrea Johlige klärte uns über den Sachverhalt zum Neubau eines Bürokomplexes im Rahmen eines Öffentlich-Private-Partnerschaft-Modells am Regierungsstandort Henning-von-Tresckow-Straße in Potsdam und warum sich der Geschäftsführende Landesvorstand und die Fraktion DIE LINKE im Brandenburger Landtag sich darauf verständigt haben, den Antrag im Haushaltsausschuss mitzutragen. Die Begründung entnehmt ihr bitte den vorhergehenden abgedruckten Brief. Bei der anschließenden Diskussion machte ich meinen Unmut über diese Entscheidung deutlich. Ich habe gesagt, dass wir für ein paar Millionen doch nicht unsere linken Ideale verraten können. Auch der Verweis auf

den eingebrachten Antrag, konnte mich nicht überzeugen. Im Antrag heißt es: „Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen bekräftigt seine grundsätzlich ablehnende Haltung zu ÖPP-Projekten. Er fordert die Landesregierung auf, künftig dieses Finanzierungsverfahren bei der Umsetzung von Projekten des Landes auszuschließen.

2. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen geht davon aus, dass alle bauausführenden Unternehmen Tariflohn bzw. Mindestlohn zahlen. Er bittet die Landesregierung, bei der Bauausführung gegen eventuelle Schwarzarbeit und Dumpinglöhne vorzugehen und festgestellte Verstöße konsequent zu ahnden.

3. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet von der Landesregierung, bei der Bewirtschaftung des Objektes ver-

traglich zu vereinbaren, dass mindestens die Regelungen des Brandenburger Vergabegesetzes eingehalten werden.

4. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen fordert die Landesregierung auf, dafür Sorge zu tragen, dass der vorgesehene Kostenrahmen nicht überschritten wird bzw. die Bausumme gedeckelt wird.

5. Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen erwartet, dass die Landesregierung ein Kostencontrolling für dieses Projekt einführt und dem Ausschuss regelmäßig (in der Regel halbjährlich) Bericht erstattet.“

Die Arbeitsbedingungen der Menschen im Facilitymanagement in dem privaten Unternehmen sind meistens wesentlich schlechter als im öffentlichen Dienst. Dass ÖPP-Projekte meist teurer werden ist nicht erst seit gestern bekannt.

Ralf Wunderlich

Termine

- ▶ **11. April 2013 18.30 Uhr** Sitzung der Kreistagsfraktion Kreisgeschäftsstelle Oranienburg
- ▶ **13.04.2013, 13:00 Uhr** Berlin, Potsdamer Platz UmFAIRteilens-Markt mit Aktions- und Menschenkette
- ▶ **15. April 2013 14.00 Uhr** Treff der AG Senioren Oranienburg zum Thema: KPD und SPD - die zwei „feindlichen Brüder“ 1919 bis 1933. Die Lehren aus der Geschichte und der Gegenwart.
- ▶ **23. April 2013 18.30 Uhr** Kreisvorstandssitzung der LINKEN Oberhavel, Geschäftsstelle, Bernauer Straße 71 in Oranienburg
- ▶ **01. Mai 2013 ab 9.30 Uhr** Demo in Hennigsdorf (Einzelheiten siehe Beilage)

Wir gratulieren!

Wir gratulieren allen Geburtstagskindern im März.

Geburtstagsgrüße gehen zum:
50. an Jörg Hildebrandt aus Hennigsdorf;
60. an Winfried Winkler aus Fürstenberg und an Michael Unrath aus Velten;
70. an Jürgen Heyde aus Oranienburg; **80.** an Ingeburg Waitschies aus Oranienburg und an Ilse Schrade aus Hohen Neuendorf;
83. an Erika Steinbach aus Oranienburg; **87.** an Inge Steinel aus Borgsdorf;
89. an Anni Kube aus Löwenberger Land und an Gerhard Blum aus Potsdam;
91. an Ilse Schebesta aus Bergfelde, an Werner Dietrich aus Großwoltersdorf und an Ursula Bauer aus Bergfelde;
92. an Walter Georgi aus Oranienburg; **93.** an Charlotte Detlefs aus Oranienburg;

UmFAIRteilen

Reichtum ist teilbar:
Millionärsteuer jetzt!

Impressum / Kontakt

Die Kreisinfo ist eine Mitgliederinformation der Partei DIE LINKE in Oberhavel und wird herausgegeben von der Redaktion Rote Reporter beim Kreisvorstand.

V.i.S.d.P.: Gerrit Große / Satz: RalfWunderlich

Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht. Honorare werden nicht gewährt. Die Redaktion behält sich die redaktionelle Überarbeitung und Kürzung vor. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 7. April 2013. Am 17. April 2013 trifft sich die AG Rote Reporter um 18.30 Uhr in der Geschäftsstelle Bernauer Str. 71 in Oranienburg.

Kontakt zur LINKEN in Oberhavel
Beiträge sind einzusenden an:

DIE LINKE. Oberhavel Redaktion
Rote Reporter Bernauer Straße 71
16515 Oranienburg

Email: kreisinfo@die-linke-ohv.de

Geschäftsstelle: 03301 20 09 90

Email: info@die-linke-ohv.de

Kreisgeschäftsführer: 0171 93 01 616

Email: geschaeftsfuehrer@die-linke-ohv.de

Im Internet ist unsere Mitgliederzeitschrift unter www.dielinke-oberhavel.de erhältlich.

UM fair TEILEN



Reichtum besteuern
Aktionstag 13. April